



# BURMA REPORT

März 2010

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 82

**Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.**

THE BURMANET NEWS - February 26, 2010, Issue #3905, "Editor" <editor@burmanet.org> <www.burmanet.org>

Pressemitteilung, 26. Februar 2010, Auslands und Commonwealth Departement (UK)

## Scheitern des Einspruchs von Aung San Suu Kyi

Außenminister Ivan Lewis verurteilte heute die Ablehnung des Einspruchs von Aung San Suu Kyi gegen das Urteil vom August 2009, dies sei jedoch nicht anders zu erwarten gewesen.

In seiner Erklärung von heute morgen gegen das Urteil sagte Mr. Lewis:

„Die Ablehnung von Aung San Suu Kyis Einspruch ist eine weitere Anklage gegen das burmesische Regime. Die Militärregierung fährt fort, alle Dissidenten zu unterdrücken, dem burmesischen Volk seine fundamentalen Rechte zu verweigern und demokratische wie auch ethnische Führer in Haft zu halten.

Ich fordere das Regime auf, anzuerkennen, dass es ohne einen umfassenden politischen Prozess in einem Land mit mehr als hundert ethnischen Gruppen zu keiner nationalen Aussöhnung noch zu Frieden oder Wohlstand kommen kann.

Die Wahlen, die für Ende des Jahres geplant sind, stellen eine historische Gelegenheit dar, Burmas bitteren Verfall in Armut und internationale Isolation zu wenden. Die Regierung des UK will weiterhin alles tun, was dazu beitragen kann, diese Gelegenheit aufzugreifen. Die EU und die internationale Staatengemeinschaft sind bereit, schnell und positiv auf einen konkreten Fortschritt zu reagieren.“

Mr. Lewis Erklärung unterstützt eine frühere Ankündigung von Premierminister Gordon Brown, der sagte:

„Ich bin entsetzt und traurig darüber, dass das Regime den Einspruch Aung San Suu Kyis gegen das Urteil des Regimes zurückgewiesen hat. Dieser gescheiterte Appell ist bedauerlicherweise keine Überraschung.

Das einzige Anliegen dieses Schauprozesses war von Anfang an, eine Wahlbeteiligung Daw Suu Kyis zu vereiteln. In meinem offenen Brief vom Dezember an Aung San Suu Kyi schrieb ich, dass dies ein historisches Jahr für Burma werden sollte.

Freie, faire und wirklich umfassende Wahlen würden es erlauben, das Land nach vorn zu bringen, einen neuen Weg zu beschreiten. Aber während sie von allem politischen Leben fern gehalten wird und über 2100 politische Gefangene in Haft verbleiben, werden die Wahlen des Regimes weder Anerkennung noch internationale Legitimität erhalten“

Die englische Regierung wird fortfahren, an vorderster Front der internationalen Bemühungen zur Freilassung Aung San Suu Kyis beizutragen. Ihre Verurteilung in einem Scheinprozess im August 2009 zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verursachte eine weite internationale Empörung. Die Ablehnung ihres Einspruchs ruft weitere Zweifel an der Legitimität der Wahlen, die das Regime für dieses Jahr plant, auf.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy - Newsletter for Friday, February 26, 2010, [news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)

## Oberstes Gericht verwirft Suu Kyis Einspruch

BA KAUNG - Freitag, den 26. Februar 2010 <[http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=17898](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=17898)>

Wie ihr Anwalt mitteilt, lehnte das oberste Gericht Aung San Suu Kyis Einspruch gegen die Verlängerung des Hausarrestes ab.

„Das oberste Gericht wies unsere Argumente gegen die Verurteilung von Aung San Suu Kyi und zwei ihrer Mitbewohnerinnen ab“, sagte ihr Anwalt, Nyan Win.

Er sagte, dass er innerhalb der nächsten ein bis zwei Tage einen letzten Einspruch beim burmesischen Präsidenten des obersten Gerichtshofes einle-

gen werde.

Im August war die letzte Runde von Suu Kyis Hausarrest verlängert worden, weil sie die Bedingungen ihres Hausarrestes verletzt hatte, da sie im Mai 2009 einem ungebetenen amerikanischen Eindringling kurz Unterkunft gewährt hatte.

In einem Prozess, der weitestgehend als Farce verurteilt wird, wurde die 64-jährige Nobelpreisträgerin ursprünglich zu drei Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt, dieses Urteil wurde dann jedoch vom Chef der Junta, Seniorengeneral Than Shwe, auf 18 Monate Hausarrest herabgemildert.

Burmas oberstes Gericht hörte zuletzt am 18. Januar die Argumente des Anwalts der burmesischen prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi und der Regierungsanwälte an.

Suu Kyis Anwalt argumentierte, dass die Verlängerung ihres Hausarrests rechtswidrig sei, da sie aufgrund von Bestimmungen der Verfassung von 1974 basierte, die nicht länger mehr in Kraft ist.

Die Regierungsanwälte konterten, dass die Verfassung von 1974 immer noch zur Anwendung kommen könne, da sie nicht offiziell aufgehoben wurde.

„Das Gericht nahm heute die Argumente des Regierungsanwalts an“, sagte Nyan Win.

Im Gerichtssaal nahmen Diplomaten aus Frankreich, England, Australien und den Vereinigten Staaten an der Verhandlung teil.

Der Sprecher der National League for Democracy, Khin Maung Swe, sagte: „Die Entscheidung zeigt, dass die Wahl nicht im geringsten allumfassend, frei und fair sein wird. Solange die Parteiführerin in Haft verbleibt, befindet sie die Partei hinsichtlich der Wahl in einer schwierigen Lage.“

Parteimitglieder teilten mit, dass sich am Freitag europäische Diplomaten und die NLD-Führung zu Gesprächen über die bevorstehenden ...➔

...➔ Wahlen, wie auch den politischen Stand der Partei getroffen haben.

Lt. Sprecher Khin Maung Swe trafen sich im Hauptquartier der Partei in Rangoon vier Vorstandsmitglieder der NLD, unter ihnen der Dissident und Journalist Win Tin, zu Gesprächen mit Diplomaten aus England, Frankreich, Norwegen, Italien und den Vereinigten Staaten.

Wie Khin Maung Swe berichtete, fand das Treffen einige Stunden nach der Ablehnung des Einspruchs von Suu Kyi gegen die Verlängerung ihres Hausarrestes durch Burmas oberstes Gericht statt. Das Gespräch hatte die eventuelle Teilnahme der NLD an den Wahlen zum Mittelpunkt.

„Die Diplomaten erkundigten sich nach unserem Standpunkt hinsichtlich der Wahlen und fragten, was sie für uns tun könnten,“ sagte er und fügte hinzu, dass während dieser Gespräche Mitglieder der NLD Suu Kyis Bemerkung wiederholten, dass die Zeit für eine Entscheidung hinsichtlich der Wahlbeteiligung noch nicht reif sei.

Die führenden Parteiangehörigen unterstrichen auch die Wichtigkeit eines Treffens zwischen Suu Kyi und dem Regimechef, Senior-General Than Shwe, wie auch zwischen Suu Kyi und den Vorstandsmitgliedern der Partei.

Die Partei hat sich bisher nicht zu einer Teilnahme an der Wahl entscheiden können und hält an der Shwegondaing-Erklärung fest, die eine Überarbeitung der umstrittenen Verfassung verlangt, dass ein politischer Dialog stattzufinden hat und die bedingungslose Freilassung aller politischer Häftlinge, einschließlich der Parteiführerin der NLD, Suu Kyi, erfolgen muss.

Das burmesische Regime hat allgemeine Wahlen für dieses Jahr angekündigt, aber bisher weder ein genaues Datum mitgeteilt noch ein entsprechendes Wahlgesetz herausgegeben. Viele fürchten, dass die Wahl reine Fassade für das Militärregime sein wird, um sich vor den Augen der Außenwelt zu legitimieren.

\*\*\*\*\*

[chinland\\_guardian@yahoo.co.in](mailto:chinland_guardian@yahoo.co.in) - [www.chinlandguardian.com](http://www.chinlandguardian.com)

**Chinland Guardian.com** -

<<http://chinlandguardian.com/news-2009/898-eu-rebuket-burma-on-elections-plan.html>>

## EU weist Burma wegen des Wahlplanes zurecht

Das Europäische Parlament hat erneut das burmesische Militärregime zurechtgewiesen, weil es die Menschenrechte nicht verbessert und die internationalen Erwartungen hinsichtlich der für dieses Jahr geplanten Wahlen nicht erfüllt hat.

Indem es eine Reihe von Verletzungen in Burma zitiert, hat das gesetzgebende Organ des mächtigsten regionalen Blocks am Dienstag in einer Resolution erklärt, dass unter den gegebenen Umständen die Wahlen nicht als frei und fair angesehen werden können.

Die europäische Legislative gab auch eine längere Liste von Forderungen an die seit langem regierende südostasiatische Militärjunta heraus. Unter anderem befindet sich darunter die Forderung nach einem politischen und umfassenden Dialog aller beteiligten Parteien einschließlich der ethnischen Gruppen und die Überführung in eine Demokratie.

Damit die Wahlen als frei und fair angesehen werden können, sagt die EU, muss Burma die Teilnahme aller Wähler, aller politischen Parteien und Beteiligten am Wahlprozess ermöglichen und internationale Beobachter zulassen.

Diese neue Resolution kam als Folge einer frischen Militäroffensive der Junta im östlichen burmesischen Karen-Staat und den derzeitigen Bemühungen der thailändischen Behörden, tausende von Karen-Flüchtlingen, die vor den andauernden Angriffen geflohen waren, trotz der internationalen Sorge um deren Wohlergehen nach Burma zurückzudrängen,

Zoya Phan, Internationaler Koordinator bei der Burma-Kampagne UK begrüßt diese neue Resolution, drängt aber auch die Europäische Kommission, den administrativen Arm der Europäischen Union, dazu, die Resolution zu befolgen.

„Wir begrüßen die Unterstützung des Europäischen Parlamentes sehr und

fordern alle Kommissionsmitglieder auf, die Resolutionen nicht zu ignorieren, sondern danach zu handeln,“ sagte die in den UK ansässige Interessenorganisation.

Die neuerliche Verurteilung der burmesischen Militärjunta kommt zeitgleich mit dem Versuch der EU, ihre Burma-Politik zu überprüfen, nachdem die neue Herangehensweise der USA im vergangenen Jahr verkündet wurde, die beabsichtigt, das Regime einzubinden, gleichzeitig aber die bestehenden Sanktionen aufrechtzuerhalten.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS -February 18, 2010 - Issue #3899  
-"Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)> [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

**Asia Tribune** - Thu, 2010 — editor -

<<http://asiantribune.com/news/2010/02/18/burma%E2%80%99s-junta-pulls-wool-over-uns-eyes>>

## Burmas Junta streut der UNO Sand in die Augen

ZIN LINN, Donnerstag, den 18. Februar 2010

Am Tag der Ankunft des fünftägigen Besuches des UNO-Sonderbeauftragten Tomas Ojea Quintana im Lande, der dort den Fortschritt der Menschenrechte beurteilen sollte, verurteilte die burmesische Junta vier Aktivistinnen zu zwei Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit.

Die vier Frauen waren am 3. Oktober 2009 festgenommen worden, nachdem sie buddhistischen Mönchen Almosen übergeben hatten, unter denen sich religiöse Literatur befand, sagte Nyan Win, Sprecher der Oppositionspartei National League for Democracy, die von der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geführt wird. "Das Gericht konnte für die Verurteilung keine stichhaltigen Beweise vorlegen, da kein glaubwürdiger Zeuge gefunden werden konnte", sagte ihr Anwalt Kyaw Ho. Die Frauen hielten für gewöhnlich Gebetsstunden zur Freilassung von Aung San Suu Kyi in der Shwedagon Pagoda ab.

Der derzeitige Besuch des UNO-Gesandten Tomas Ojea Quintana began am Tag nachdem das Regime den amerikanischen Menschenrechtsaktivisten Kyaw Zaw Lwin trotz Bitten der Vereinigten Staaten, ihn freizulassen, wegen Fälschung und Unterschlagung zu drei Jahren Gefängnis verurteilte. Dies ist der dritte Besuch des Gesandten im Land, nachdem eine vorherige Mission im vergangenen Jahr vertagt worden war.

Der Besuch findet zwei Tage ...➔

... nach Freilassung des prodemokratischen Führers Tin Oo statt, der sieben Jahre im Gefängnis verbracht hatte. Tin Oo, Vizepräsident der NLD, war am 13. Februar 2010 aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er sich seit dem 30. Mai 2003 befand. Während seines Besuches im Hauptquartier der NLD am 15. Februar sagte er, dass er optimistisch sei, dass "Dinge durch den Besuch von Mr. Quintanas Besuch gelöst werden könnten".

Das Mitglied des NLD-Vorstandes, Win Tin, der 19 Jahre als politischer Häftling im Gefängnis der Junta verbrachte, forderte Mr. Quintana auf "sich in seiner Pflichterfüllung aufs äusserste entschlossen zu zeigen und nicht auf die Lügen der Regierung hereinzufallen".

Derzeitig bestätigen traurige Vorkommnisse, dass die Militärjunta entschlossen ihren antidemokratischen Kurs weiterverfolgt. Die Junta fährt fort, gegen 2.200 politische Gefangene eingekerkert festzuhalten, unter ihnen die Nobelpreisträgerin Aug San Suu Kyi, die 14 der vergangenen 20 Jahre in ihrem Haus festgehalten wird.

Zum Beispiel wurden am 30. Dezember 2009 15 politische Organisatoren aus drei Gemeinden im Landkreis Mandalay zu Gefängnisstrafen zwischen 2 bis zu 71 Jahren durch ein Gericht verurteilt, das sich innerhalb des Gefängnisses befindet. Ein Polizei-Sonderkommando nahm im vergangenen September und Oktober die politischen Aktivisten in Myingyan Nyaung Oo und Kyauk Padaung ohne Angabe von Gründen fest, hielt sie in Isolation und verweigerte den Zutritt von Familienangehörigen während der Inhaftierung. Sie wurden am 6. Januar ohne das Recht auf einen eigenen Anwalt zu erhalten, durch ein Schiedsgericht innerhalb des Gefängnisses zu gedankenlosen Freiheitsstrafen verurteilt.

Ein vom Militär kontrolliertes burmesisches Landgericht verurteilte die freischaffende Reporterin Hla Hla Win, eine junge Videojournalistin, die für den in Norwegen im Exil arbeitenden Rundfunksender "Democratic Voice of Burma" tätig war, zu 20 Jahren Gefängnis, da die Junta weiter hart gegen Dissidenten vorgeht. Sie wurde im September nach einem Video-Interview in dem buddhistischen Kloster in Pakokku, einer Stadt im Landkreis Magwe, festgenommen, teilten die in Paris ansässige Organisation Reporter ohne Grenzen wie auch Burma Media Association in einer gemeinsamen Erklärung mit. Sie wurde im Oktober

2009 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Burma befindet sich zusammen mit 9 anderen Ländern, d.h. Libyen, Tibet, China, Eritrea, Nordkorea und Äquatorial-Guinea, in der "schlimmsten aller schlimmen" Kategorie des "Freiheit in der Welt 2010 Berichts von Freedom House.

Der 47jährige Musiker Win Maw wurde wegen "der Übermittlung falscher Nachrichten ins Ausland" verurteilt, obwohl diese Nachrichten nicht falsch waren und keinerlei Beweise gegen ihn vorlagen, die die Elemente der Anklage bestätigen.

Am 11. November 2008 verurteilte das Landgericht von Mingalar Taungnyunt einen ebenfalls bekannten Musiker gleichen Namens zu 17 Jahren Gefängnis, weil er während der Proteste im August und September 2007 Nachrichten und Filmmaterial an den in Norwegen ansässigen Exilsender Democratic Voice of Burma geschickt hatte. Win Maw wurde in einem Teehaus in Rangoon am 27. November 2007 festgenommen und unter Artikel 5 (j) des Strafgesetzbuches wegen "Bedrohung der nationalen Sicherheit" unter Anklage gestellt. Während des Prozesses wurde er im berüchtigten Insein-Gefängnis festgehalten und nach dem Prozess in diesem Jahr ins weit entlegene Gefängnis nach Katha verlegt. 2009 erhielt er den Kenji Nagai Memorial Preis für seinen Einsatz als freischaffender Journalist in Burma.

Ein weiterer Reporter des in Norwegen ansässigen Radiosenders Democratic Voice of Burma (DVB), Ngwe So Lin, wurde am 28. Januar 2010 vom Landgericht des Westlichen Distriktes Rangoon, das sich innerhalb des Gefängnisses befindet, zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Quellen berichten, dass Ngwe Soe Lin, 28, der im Süd-Dagon-Viertel Rangoons lebt, unter Abschnitt 33 (a) des Gesetzes für Elektronik und Abschnitt 13(1) der Bestimmungen des Einwanderungs-Notstandsgesetzes zu jeweils 10 und 3 Jahre Gefängnis verurteilt wurde.

Ngwe Soe Lin erhielt vor kurzem den Rory Peck-Preis für seine Dokumentation über Kinder, die zu Opfern des Zyklons Nargis, der Burma in der ersten Mai-Woche 2008 verwüstete, zu Waisen geworden waren

Weiterhin wurden zwei Beamte von einem burmesischen Gericht zum Tode verurteilt, weil sie, wie offizielle Quellen sagen, im Fall einer geheimen Verbindung der regierenden Junta mit Nordkorea Informationen weitergegeben

hatten. Die Männer wurden festgenommen, nachdem Einzelheiten und Fotos über eine Reise des dritten Befehlshabers Burmas, General Shwe Man, nach Pyongyang, im vergangenen Jahr an Medien im Exil durchgesickert waren, berichtet die website des in Thailand ansässigen The Irrawaddy News.

"Zwei Beamte wurden zum Tode, ein weiterer zu 15 Jahren Haft verurteilt, weil sie Informationen weitergegeben hatten. Sie wurden am Donnerstag vom Sondergericht im Insein-Gefängnis verurteilt", berichtet die Quelle. Bei den beiden zum Tode Verurteilten handelt es sich um Win Naing Kyaw und Thura Kyaw, während es sich bei der dritten Person um Pyan Sein handeln soll. Zu diesen Fällen liegen keine Einzelheiten vor. Win Naing Kyaw ist eine ehemaliger Militäroffizier, während Thura Kyaw und Pyan Sein im Aussenministerium arbeiteten, berichtet der Irrawaddy.

Viele Anführer der 88er Studentengeneration (88 Generation Students) die 1988 an der Spitze der prodemokratischen Bewegung standen, befinden sich mit Strafen bis zu 65 Jahren im Gefängnis. Der politische Führer der Shan, Hkun Htun Oo und der bekannte Komödiant Zarganar sind trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes weiterhin im Gefängnis.

Wegen der Teilnahme an einer friedlichen Demonstration befindet sich Su Su Nway, Mitglied der National League for Democracy, seit November 2007 im berüchtigten Insein-Gefängnis in Gewahrsam. Sie erhielt 2006 den Humphrey Freedom-Preis von der in Kanada ansässigen Gruppe Rights and Democracy (Rechte und Demokratie) wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte. Sie wurde 2005 und dann wieder 2007 verhaftet.

Von vielen politischen Häftlingen wird berichtet, dass sie sich in einem schlechten Gesundheitszustand befinden ohne regelmässige medizinische Versorgung. Dem Komitee des Internationalen Roten Kreuzes wird seit Dezember 2005 der freie Zugang zu vertraulichen Besuchen verweigert. In Burma erfolgt die Festnahme und Einschüchterung von politischen Aktivisten und Journalisten seit nunmehr über zwei Jahrzehnten.

In 2009 wurde der Tod dreier politischer Häftlinge bekannt. Salai Hla Moe, Saw Char Late und Tin Tin Htwe. Alle starben wegen unzureichender medizinischer Versorgung ...



... im Gefängnis. Lt. einer Dokumentation von AAPP starben seit 1988 mindestens 143 politische Häftlinge. Aber die Liste ist unvollständig, da die Behörden des Militärs Informationen aus Gefängnissen ausschwärzen.

Amnesty International warnte am 16. Februar 2010 in einem wichtigen Bericht das Regime. Der 58 Seiten lange Bericht - Die Repressalien ethnischer Minderheiten in Myanmar - stützt sich auf Berichte von mehr als 700 Aktivisten der sieben wichtigsten Minderheitsgruppen während der zweijährigen Periode seit August 2007, unter ihnen befinden sich Rakhine, Shan, Kachin und Chin.

Die Militärbehörden haben Aktivisten der ethnischen Minderheiten festgenommen, ins Gefängnis gesteckt, in einigen Fällen gefoltert oder sogar getötet. Minderheitsgruppen sehen sich auch ausgedehnter Überwachung, Einschüchterung und Diskriminierung ausgesetzt, wenn sie versuchen, ihren legitimen Aktivitäten nachzugehen.

Amnesty International fordert die Regierung auf, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Zusammenkunft und Religion im Vorfeld der Wahlen aufzuheben; umgehend und bedingungslos alle politischen Häftlinge freizulassen und die Restriktionen für unabhängige Medien zur Verfolgung der Wahlkampagnen und der Wahlen aufzuheben.

Amnesty International hat sich auch an Burmas Nachbarn in der Association of South East Asian (ASEAN) wie auch an China, Myanmars grösstem internationalen Befürworter gewandt und aufgefordert, die Regierung dazu zu bewegen, der Bevölkerung Myanmars die Möglichkeit zur Meinungsfreiheit, friedlicher Versammlung und der offenen Teilnahme am politischen Prozess zu gewähren.

"Die Regierung Myanmars sollte die Wahlen als Möglichkeit benutzen, seinen Ruf bezüglich der Menschenrechte zu verbessern und nicht als Ansporn, abweichende Stimmen zu unterdrücken, besonders die der ethnischen Minderheiten," sagte Benjamin Zawacki, AL's Burma (Myanmar)-Spezialist.

Aber die Stimmung in der Junta zeigt ganz klar, dass sie nicht plant, internationale Bedenken zu beachten, politische Gefangene freizulassen oder einen Dialog zur Aussöhnung zu beginnen. Einem burmesischen Analysten zufolge ist es grundlos zu glauben,

dass die Militärdiktatoren mit Hilfe der Verfassung von 2008 ein demokratisches Land aufbauen wollen.

Zin Linn ist ein im Exil lebender freischaffender Journalist. Er ist Präsident der Burma Media Association, die den in Paris niedergelassenen Reportern ohne Grenzen (Reporters sans frontières) angeschlossen ist.

\*\*\*\*\*

[ThaungN@aol.com](mailto:ThaungN@aol.com) - UN envoy to probe human rights in Burma/Myanmar - Sun, 14. Feb 2010 10:01:28  
**The Associated Press** - 14. Februar 2010  
<http://www.google.com/hostednews/ap/article/ALeqM5hkvL856JCzoTWaW84F5rpy7-W8QD9ROBGG>

## UNO-Gesandter soll Menschenrechte in Myanmar sondieren

Rangoon, Myanmar: Am Montag wird die Ankunft eines hohen Gesandten der UNO im militärregierten Myanmar als Folge der Freilassung des immer noch unnachgiebigen Delegierten von Aung San Suu Kyis prodemokratischer Partei erwartet.

Der Gesandte, Tomas Ojea Quintana, bat um ein Treffen mit der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die weiterhin unter Hausarrest verbleibt. Er will den Fortschritt hinsichtlich der Menschenrechte in Myanmar, auch als Burma bekannt, beurteilen.

Das wegen seiner Menschenrechtsverletzungen in der Kritik der internationalen Staatengemeinschaft stehende Regime entliess am Sonnabend den 82-jährigen Tin Oo, der zusammen mit Suu Kyi half, die National League for Democracy zu gründen. Er war fast sieben Jahre lang im Gefängnis und unter Hausarrest.

"Ich bin über meine Entlassung nicht glücklich. Ich bin sehr traurig wegen meiner Kollegen, die immer noch in den Gefängnissen sitzen," sagte Tin Oo am Sonntag zu Reportern, während er in Rangoons Shwedagon Pagoda um ihre baldige Freilassung betete.

Laut Schätzung von Menschenrechtsgruppen hält die Junta um die 2.100 politische Häftlinge fest.

Tin Oo, ehemaliger Verteidigungsminister, sagte, dass er sich weiterhin als Vizepräsident der Liga für Demokratie einsetzen und die politischen Aktivitäten Suu Kyis und des 20köpfigen Vorstandes koordinieren will.

Der Sprecher der Liga, Nyan Win, be-

grüsste den Besuch des UNO-Gesandten, da weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen bestehen. "Sein Besuch wird das Menschenrechtsproblem nicht gänzlich lösen, aber sein Besuch wird sicherlich Menschenrechtsverletzungen behandeln können," sagte Nyan Win.

Es wird erwartet, dass Quintana sich während seines fünftägigen Besuchs mit einigen wichtigen Ministern und Mitgliedern der Opposition treffen wird. Er wird ebenfalls das berüchtigte Insein-Gefängnis in Rangoon sowie ein weiteres Gefängnis im nordwestlichen Staat Rakhine besuchen.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon begrüßte die Freilassung Tin Oos und hofft, dass dies einen "sachlichen Dialog" zwischen der Liga und der Regierung befördern wird. Er forderte ebenso die "unverzögliche" Aufhebung von Restriktionen bezüglich Suu Kyi und die Freilassung aller politischen Häftlinge.

Tin Oo sagte, dass er "grosse Hoffnung" habe, dass Suu Kyi ebenfalls bald freigelassen wird und fügte hinzu, dass er 1995 von einem früheren Aufenthalt im Gefängnis entlassen wurde, dem dann die Entlassung von Suu Kyi kurz darauf folgte.

Tin Oo teilte mit, dass er die Behörden bitten werde, Suu Kyi besuchen zu können und dankte den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderen für ihren Einsatz um seine Freilassung aus dem Gefängnis, wo die Junta versuchte, ihn nach Möglichkeit zu isolieren. Sein Telefon wurde stillgelegt, aber er durfte ein Radio behalten.

"Dank der Freundlichkeit der demokratischen Medien habe ich die Verbindung mit der Welt nicht verloren," sagte er.

Suu Kyi selbst verbringt bereits 14 der vergangenen 20 Jahre in Haft. Im August wurde ihr Hausarrest um weitere 18 Monate verlängert, was sie daran hindern wird, sich an den ersten Wahlen in 20 Jahren zu beteiligen. Die Regierung gab bekannt, dass die Abstimmung in 2010 erfolgen soll.

Suu Kyis Partei trug in den Wahlen von 1990 einen erdrutschartigen Sieg davon, aber das Militär, das seit 1962 Myanmar regiert, weigerte sich, die Macht zu übergeben. Suu Kyis Partei hat sich bisher noch nicht entschieden, ob sie sich an der Wahl beteiligen wird, Quintana, der Myanmar zum ...

... dritten Mal besucht, sagte dass er sich für die Entlassung der politischen Häftlinge einsetzen will, den Fortschritt der Reform innerhalb der Streitmächte überprüfen und das innerstaatliche Recht dahingehend anschauen wird, inwieweit es mit internationalen Menschenrechtsstandards übereinstimmt.

\*\*\*\*\*

Burma News - 03 February 2010 - "Burma\_News"  
<[burma\\_news@verizon.net](mailto:burma_news@verizon.net)> Thu, 04. Feb 2010

**The National, 3. Februar 2010 -**

<<http://www.thenational.ae/apps/pbcs.dll/article?AID=/20100204/FOREIGN/702039954/1135>>

## Das Wahldatum in Myanmar steht noch nicht fest, fest steht jedoch der Sieger.

**Larry Jagan, Auslandskorrespondent**

Bangkok: Die Gerüchteküche in Myanmar kocht über.

Zunehmend wird der 10. Oktober als Wahldatum vorhergesagt, da die Junta auf Numerologie fixiert ist: es wird der 10.10.10 nach dem Gregorianischen Kalender sein.

In der Vergangenheit hat das Militärregime viele wichtige Entscheidungen auf Tage gelegt, die von den Astrologen als günstiges oder wichtiges Datum angegeben worden waren, so auch die Wahl von 1990 und die Massenübersiedlung in die neue Hauptstadt.

"Alle in Burma sprechen insgeheim über die Wahlen, obwohl bisher kein Datum festgelegt wurde," sagte Janelle Saffin, eine australische Parlamentarierin nach einem vor kurzen durchgeführten privaten Besuch im Lande.

"Einige Psychologen erzählten mir, dass wegen der Unsicherheit hinsichtlich der Wahlen die Besorgnis des Durchschnittsburmesen, besonders in Rangoon, beträchtlich zugenommen hat".

China, Myanmars engster Alliiertes, nimmt lt. chinesischen Diplomaten an, dass die Wahlen irgendwann in den letzten drei Monaten des Jahres durchgeführt werden. Aber während es sicher scheint, dass die Wahlen irgendwann im Oktober oder November - nach der Regenperiode diesen Jahres - stattfinden werden, könnte das zur Zeit bevorzugte Datum ein Scherz sein, warnte Justin Wintle, ein Myanmar-Spezialist und Autor des Buches

"Die perfekte Geisel", eine Biography über die politische Führerin Aung San Suu Kyi.

Obwohl das Wahldatum noch nicht festliegt, ist die Kampagne, zumindest bei den Anhängern der Junta, in vollem Gange. "Die staatlichen Medien - Zeitungen und Fernsehen - sind voller Berichte und Fotografien von Regierungsministern, die Gemeinde- und Entwicklungsprojekte einweihen, lokalen Führungspersonlichkeiten die Hand schütteln und finanzielle Hilfe übergeben," sagte ein in Rangoon lebender Diplomat.

In der Zwischenzeit aber halten sie vorsätzlich jeden in Ungewissheit.

Das letzte Mal wurde das Wahlgesetz 20 Monate vor der Wahl veröffentlicht.

"Das Wahlgesetz steht jetzt zu 97% fest," berichtete Myanmars Aussenminister Nyan Win vor kurzem seinem indonesischen Amtskollegen, Marty Natalegawam, anlässlich eines Treffens der South East Asian Nations in Hanoi. Es wird noch zwei bis drei weitere Monate dauern, bis es hundertprozentig festliegt. Ich nehme daher an, dass die Wahlen sehr wahrscheinlich in die zweite Jahreshälfte fallen werden".

In der Zwischenzeit haben Regierungsminister und Staatsbeamte mit politischen Kampagnen begonnen. "Es wird keine Entscheidung getroffen, die nicht mit den Wahlvorbereitungen in Zusammenhang steht", sagte ein hoher UNO-Beamter unter dem Siegel der Anonymität in Rangoon. "Regierungsminister haben uns mitgeteilt, dass einige wichtige Projekte bis nach der Wahl warten müssen", sagte ein weiterer Beamter einer UNO-Hilfsorganisation.

Myanmars Premierminister Thein Sein gab bekannt, dass sich nur 10 Parteien an der Wahl beteiligen dürfen. Aber bezüglich Daw Suu Kyi oder der NLD machte er öffentlich keine Angaben.

Die Militärjunta plant, eine politische Partei zu gründen, die unter der Kontrolle der Union Solidarity and Development Association stehen soll, die vor fast 15 Jahren von Than Shwe gebildet wurde, um für die Regierung die Unterstützung des Volkes zu sichern, sagte eine Quelle des Militärs.

Die bereits bestehende National Unity Party war während der letzten Wahl die wichtigste Partei, die für das Militär kämpfte. Sie gewann lediglich 10 Sitze.

Es wird erwartet, dass diese zwei Par-

teien die Stimmen der Bevölkerung erhalten werden und so sicherstellen, dass das Militär am Ruder bleibt, selbst wenn es eine nominelle Wende hin zur Zivilregierung geben sollte. 25% der Sitze wurden bereits durch die Verfassung, die im Mai 2008 durch ein Referendum, das von der Opposition und der internationalen Gemeinschaft als Betrug kritisiert wurde, angenommen worden war, für dienende Soldaten reserviert.

"Es besteht nicht die geringste Chance, dass irgendeine Zivilregierung nach der Wahl wirklich die Macht erhält", sagte Martin Moreland, der ehemalige britische Botschafter in Rangoon. "Than Shwe wird wahrscheinlich in den Ruhestand treten, noch wahrscheinlicher wird er seinem Vorgänger, Ne Win, nacheifern, der hinter den Kulissen die absolute Macht in Händen behielt".

"Aber es bleibt die Chance, dass sich das Regime irgendwie verkalkuliert."

\*\*\*\*\*

minyey kyawswar <[minyeykyawswar8888@gmail.com](mailto:minyeykyawswar8888@gmail.com)> [8888peoplepower] Latest news: <http://8888newgenerations.blogspot.com/>

**Burma Digest - For Immediate Release:  
16th February 2010**

## Rechtsgruppen protestieren, da Millionen burmesischer Migranten am 1. März 2010 aus Thailand deportiert werden sollen

16. Februar 2010

<<http://burmadigest.info/2010/02/16/rights-groups-protest-as-millions-of-burmese-migrants-face-deportation-from-thailand-on-march-1st-2010/>>

Die königlich-thailändische Regierung (RTG) droht 2 Millionen Migranten mit der Deportation, wenn sie sich nicht bis zum 28. Februar einem nationalen Beglaubigungsprozess (NV) unterziehen. Mehr als 80% dieser Migranten kommen aus Burma und sehen sich in ihrem Heimatland, das vom Militär kontrolliert wird, ethnischen und politischen Konflikten wie auch dem fortgesetzten ökonomischen Verfall ausgesetzt. Die Migranten aus Burma haben ihr Land illegal verlassen, stehen aber durch die RTG unter Druck, ihre persönlichen Daten der burmesischen Militärregierung zu übermitteln, nach Burma zurückzukehren, um den Beglaubigungsprozess zu vervollständigen und dann "legal" mit einem einseitigen burmesischen Pass Arbeit in ...

... ➔ Thailand aufzunehmen.

"Die thailändische Migrantpolitik muss sorgfältig geplant werden, um den Schutz der Menschenrechte von Migranten sicherzustellen. Der Beglaubigungsprozess ist nicht gut durchdacht und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die menschliche Sicherheit von mehr als 2 Mio. Arbeitern dar, die bedeutend zu unserer Wirtschaft und Gesellschaft beitragen," sagte Mr. Somchai Homlaor, Generalsekretär der Stiftung für Menschenrechte und Entwicklung (HRD - Human Rights and Development).

- Die meisten der Migranten in Thailand verstehen den Beglaubigungsprozess nicht
- Viele der Migranten haben bisher diesen Prozess nicht begonnen
- Es bestehen echte humanitäre Gefahren für Migranten, die gezwungen werden, den Prozess in Burma zu beginnen
- inoffizielle NV-Makler beuten die Migranten aus
- Viele der burmesischen Migranten können nicht, noch wollen sie sich dem Prozess unterziehen, aber es gibt kein Konzept für ihre Unterstützung

"Die Regierung muss den Anmeldeschluss des 28. Februar verlängern und umgehend die Drohung einer Massendeportation aufgeben. Migranten mit der Deportation zu drohen, falls sie diesen unmittelbar bevorstehenden Anmeldeschluss nicht einhalten, lässt die bedrohliche Situation, der sich burmesische Migranten gegenübersehen, ausser Acht", sagte Mr. Sawit Keawan, Generalsekretär der State Enterprise Workers Relations Confederation (SERC). "Weiter kann gesagt werden, dass, sollte eine solche Massendeportation durchgeführt werden, dies der thailändischen Wirtschaft nur schaden könnte, die sich stark auf Migrantenarbeit stützt, aber auch der internationalen Reputations Thailands."

Um 9 Uhr (Bangkok-Zeit) wurden Beschwerdebriefe beim Büro der Vereinten Nationen (UNO) für den Sonderbeobachter für Menschenrechte von Migranten und der Situation der Menschenrechte in Myanmar abgegeben, wie auch für den Generaldirektor der Internationalen Arbeiterorganisation (diese Briefe können unter [migrantjustice@hrdfoundation.org](mailto:migrantjustice@hrdfoundation.org) in Thai und Englisch abgerufen werden).

Migrationsarbeiter, Gewerkschaftler und Rechtsverteidiger marschieren jetzt zum Haus der Regierung, um dort einen offenen Brief für den thailändischen Premierminister Abhisit Vejjajiva zu übergeben, der von mehr als 60 lokalen, regionalen und internationalen Rechtsgruppen und Gewerkschaften unterschrieben wurde. Dieser offene Brief fordert die Einstellung der Androhung von Massendeportation von Migranten, sowie umfassende Änderungen der NV-Politik der Regierung (s. als Anhang den "Open Letter of Concern for the Safety and Security of Migrant Workers in Thailand - Offener Brief der Sorge um die Sicherheit und den Schutz von Migrantenarbeitern in Thailand)

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy - Newsletter for February 12, 2010 - [news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org) - [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org) EDITORIAL  
**The Irrawaddy, 12. Februar 2010** - [http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=17801](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=17801)

## Nichteingelöste Versprechen und eine zerbrochene Nation

Vor 63 Jahren versammelten sich der burmesische Unabhängigkeitsführer, General Aung San und Chefs der ethnischen Hauptgruppen des Landes in Panglong, in den südlichen Shan-Staaten, um ein historisches Abkommen zu unterzeichnen, das ihre Zukunft bestimmen sollte und die absolute Unabhängigkeit von den Briten brachte.

Vertreter der Zentralregierung, damals unter dem Namen Executive Council of the Governor of Burma (Exekutivrat des Gouverneurs von Burma) trafen sich mit Führern der Shan-, Chin- und Kachin-Minderheiten, mit denen sie gemeinsam ein Abkommen unterzeichneten, das gleiche Rechte für die Menschen aller Ethnien garantierte. Es wurde ihnen zugesichert, dass Burma eine Föderation mit Gewaltenteilung sein werde, von der sie das Recht auf Abtrennung hätten.

Seitdem wird dieses Ereignis jährlich am burmesischen Unionstag gefeiert, an dem der "Geist von Panglong" heraufbeschworen wird, der den gemeinsamen Vorteil des gemeinsamen Vertrauens zwischen der burmesischen Mehrheit und den ethnischen Minderheiten unterstreicht.

Dieses historische Abkommen wird jedoch, seit Burma 1948 die Unabhän-

gigkeit erhielt, im grossen und ganzen ignoriert. Die Regierung in Rangoon übernahm die Macht in der Zentrale, in den Staaten und auf lokaler Ebene und liess den burmesischen nichtethnischen Gruppen nicht die geringste Macht.

Um den Unionstag zu begehen, rief der Chef des regierenden Militärregimes, Seniorgeneral Than Shwe, alle ethnischen Gruppen Burmas dazu auf, ihren "Unionsgeist", wo immer sie auch im ganzen Lande leben mögen, zu erneuern, "damit der Fortbestand des Vaterlandes, dessen Unabhängigkeit und Souveränität gewahrt bleibt".

Die aufeinanderfolgenden Militärregierungen haben lange unter der Annahme gehandelt, dass das föderale System, das mit dem Panglong-Abkommen bekräftigt worden war, ein Schema für Desintegration darstellt. Burmas Ära der Militärregierungen begann 1962 mit der Machtergreifung General Ne Wins, um die ethnischen Gruppen und Parlamentsmitglieder daran zu hindern, die Verfassung zu reformieren und eine wirkliche föderale Union zu schaffen.

Laut Than Shwe werden die nationalen und regionalen Parlamente, die nach den diesjährigen Wahlen in Übereinstimmung mit der Verfassung von 2008 und der Roadmap zur Demokratie gebildet werden sollen, die berechtigten Bedürfnisse der ethnischen Minderheiten berücksichtigen. Deshalb wiederholte er sein Versprechen, die Wahlen durchzuführen, während er die ethnischen Waffenstillstandsgruppen dazu aufrief, sich zu entwaffnen und der nationalen Grenzschutz unter der Kontrolle des burmesischen Militärs beizutreten.

Die meisten der bewaffneten ethnischen Gruppen haben es abgelehnt, diesen Plan zu übernehmen. Wie sie behaupten, brächte ihnen dies keinerlei Gewinn. Einige der ethnischen Führer erklären auch, kein Vertrauen zur neuen Verfassung zu haben, die 2008 durch ein absurdes Referendum angenommen worden war. Sie weisen darauf hin, dass die wirkliche Macht der Verfassung nach beim nationalen Parlament verbleiben wird, in dem das burmesische Militär 25% der Sitze erhalten soll.

Gleichzeitig halten die burmesischen Militärbehörden einige ethnische Schlüsselpersonen in ihren berüchtigten Gefängnissen fest, unter ihnen auch Sao Hso Ten, der Präsident des staatlichen Shan-Friedensrates, ... ➔



... sowie Hkun Htun Oo und Sai Nyunt Lwin, jeweils Vorsitzender und Sekretär der National League for Democracy der Shan-Staaten. Diese drei Shan-Führer erhielten unter Anklage der Verleumdung und des Hochverrats Gefängnisstrafen zwischen 75 und 106 Jahren.

Noch schlimmer, die burmesische Junta hat in der Verfolgung von Zivilisten in den ethnischen Gebieten keineswegs nachgelassen. Um die 140.000 ethnischen Flüchtlinge leben in offiziellen Lagern an der thailändisch-burmesischen Grenze, wie die Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen schätzt, während viele andere als internationale Zwangsvertriebene um das Überleben kämpfen. Im vergangenen August flohen 37.000 Menschen nach China, nachdem die Streitkräfte des burmesischen Regimes in der Kokan-Region eine ethnische Armee aufgelöst hatten. In vielen weiteren Gebieten besteht weiterhin ein Exodus wegen der ständigen Bedrohung durch Waffenkonflikte.

Deshalb gibt der Unionstag keinen Anlass zum Feiern, sondern sollte Gelegenheit sein, über das Erbe von Jahrzehnten gebrochener Versprechen nachzudenken. Wenn wir heute auf Burma schauen, finden wir weder Einheit noch Stärke, sondern das Elend eines Landes, das ständig mit sich selbst im Streit liegt. Erst wenn alle ethnischen Nationalitäten sich wirklicher Gleichheit und Selbstbestimmung erfreuen, kann Burma hoffen, eine stabile und vereinte Nation gründen zu können.

\*\*\*\*\*

[ThaungN@aol.com](mailto:ThaungN@aol.com) - Wed, 10. Feb 2010 17:40:18

**The Associated Press**, 10. Februar 2010  
<<http://www.google.com/hostednews/ap/article/ALeqM5gs16E0Y8T8w9Edy1yiDa2nXqxkwD9DPAU801>>

## Myanmars Suu Kyi hinsichtlich der Wahlen unentschieden

Rangoon: Myanmars inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bezeichnet die vom Militär geplanten Wahlen solange als unglaubwürdig, wie die Regierung freie Informationen nicht zulässt, teilte ihre Partei am Mittwoch mit.

Die Nobelpreisträgerin - die erneut einen 18monatigen Hausarrest verbüsst - sagte weiter, dass sie sich bis-

her nicht entschieden habe, ob ihre Partei sich an der für dieses Jahr geplanten Abstimmung beteiligen wird, sagte ihr Anwalt und Sprecher ihrer Partei, der National League for Democracy, Nyan Win.

"Aung San Suu Kyi sagte, solange weder Informationsfreiheit noch Redefreiheit gewährleistet seien, könnten die Wahlen nicht frei, oder fair, oder glaubwürdig sein, sagte Nyan Win, der sich am Dienstag mit Suu Kyi in deren Haus traf.

Myanmars Militärregierung hatte mitgeteilt, dass sie in diesem Jahr allgemeine Wahlen abhalten wird, bisher fehlen aber ein genaues Datum noch wurden die dazu notwendigen Gesetze erlassen. Suu Kyis Partei gewann die letzten Wahlen in 1990, das Militär verweigerte jedoch die Machtübergabe.

Die Junta kontrolliert in dem verarmten südostasiatischen Land alle Information.

Ein Wahlboykott durch die NLD würde der Regierung, die die Wahlen als Teil der "Roadmap zur Demokratie" fördert, einen Schlag versetzen.

Suu Kyis Partei hat sich bisher auf eine Teilnahme an den Wahlen nicht festgelegt mit der Begründung, dass die neue Verfassung von 2008 ungerecht sei. Sie enthält Klauseln, die sicherstellen, dass das Militär die Machtkontrolle in der Regierung behält und Suu Kyi von einer Amtsübernahme ausgeschlossen bleibt.

Laut Nyan Win ist Suu Kyi der Ansicht, dass sie sich für eine Teilnahme ihrer Partei an den Wahlen solange nicht entschliessen kann, wie sie noch unter Hausarrest gehalten wird.

"Aung San Suu Kyi sagte, dass es ihr nicht möglich ist, sich für eine Teilnahme der NLD zu entscheiden, da sie ihre Entscheidung nicht weiterverfolgen kann, solange sie sich in Haft befindet," sagte Nyan Win.

Suu Kyis Haltung schliesst nicht notwendigerweise die Teilnahme ihrer Partei an den Wahlen aus, falls andere Parteivertreter sich für eine Wahlteilnahme entschliessen sollten. Nyan Win wies darauf hin, dass sich 1990 die National League for Democracy zu einer Teilnahme entschlossen hatte, während Suu Kyi unter Hausarrest stand und Suu Kyi den Entschluss ihrer Partei damals unterstützte.

Nyan Win zufolge sagte Suu Kyi eben-

falls, dass die internationale Staatengemeinschaft sich bewusst machen sollte, dass die Wahlen in Myanmar nicht mit denen in anderen Ländern zu vergleichen sind, "da bei Null angefangen werden muss", weil bisher keine neuen Partei zugelassen wurde und ihrer eigenen Partei es weiterhin untersagt ist, Bezirksstellen zu eröffnen.

Suu Kyi, die bereits 14 der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest verbringt, wurde vergangenen August erneut zu weiteren 18 Monaten verurteilt, weil sie die Haftbedingungen verletzt hatte, indem sie einem Amerikaner, der uneingeladen zu ihrem Anwesen geschwommen war, kurzzeitig Aufenthalt gewährt hat. Sie wurde zu 18 Monaten Hausarrest verurteilt, abzüglich 3 Monate, die sie bereits in Erwartung des Urteils unter Arrest verbrachte.

\*\*\*\*\*

**The Irrawaddy**, Newsletter, February 22, 2010,  
[news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)

## Bewertung des Wechsellpotentials in Burma

**KO KO THET**-Montag, den 22. Februar 2010 -  
<[http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=17863](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=17863)>

Für burmesische Politiker, Anwälte der Politik, Aktivisten, Beobachter, Sympathisanten, Gelehrte, Gutmenschen und Spender bedeutet Frustration eine Lebensatsache, da die Möglichkeit eines Wandels in eine demokratische Gesellschaft seit mehr als 20 Jahren abhanden gekommen ist.

Massenbewegungen und Revolutionen, die durch Sturz der Burmesischen Sozialistischen Programmpartei (Burma Socialist Programme Party) informiert und inspiriert wurden, haben seit 1988 keinen Schritt nach vorn getan. Während jede vereitelte Massenbewegung tragische Verluste von Menschen, die sich daran beteiligten, zu beklagen hat, widerstand das Regime jedem Sturm und scheint es für den nächsten noch besser gerüstet zu haben.

Die neue burmesische Hauptstadt Naypyidaw befindet sich geschickterweise mindestens 300 km von den beiden bevölkerungsreichsten Städten Burmas, d.h. Rangoon im Süden und Mandalay im Norden, entfernt, so dass die Macht des Volkes dem Sitz der Regierungsgewalt nicht zu nahe kommt.

...✈

... Die Ökonomie des Landes ist real auf 50 Mio. geschrumpft, und die zunehmende Polarisierung des Vermögens lässt wenig Hoffnung für diejenigen, die argumentieren, dass „Ökonomie vor Politik kommt“.

Die Not der Menschen war so groß, dass selbst die Sangha (Geistlichkeit) von der gesagt wird, dass sie über den weltlichen Dingen steht, Ende 2007 eine Massendemonstration, die unter den Namen Safrandemonstration bekannt wurde, veranstaltete.

Die kürzlichen Sitzstreiks für höhere Löhne durch Arbeiter der Bekleidungsindustrie in Rangoon, von denen es sich bei den meisten um Frauen handelt, die für große Familien zu sorgen haben, ist ein weiterer Hinweis für die bittere Notlage, in der sich das gewöhnliche Volk befindet. Es kommt vor, dass in Burma eine beschäftigte Person fünf arbeitslose Menschen mit unterhalten muss, da es eine soziale Unterstützung durch den Staat nicht gibt, abgesehen von einer miserablen Rente für Veteranen und ehemalige Regierungsangestellte.

Während das burmesische Regime das Beste aus seiner Geopolitik und Regionalisierung gegenüber den Staaten der ASEAN China und Indien gemacht hat, sind die angeblichen Wohltaten der Globalisierung über das Land hinweggegangen. Als einziges hat der globale Durst nach Energie und die globale Sicherheitsparanoia den burmesischen Generälen genützt. Andere Faktoren, die auf Demokratie hinweisen, wie z. B. das Erwachen einer aufgeklärten Mittelklasse, das Bestehen einer starken und unabhängigen Zivilgesellschaft, die Rettung des Landes durch eine desillusionierte politische Führung innerhalb der Regierung scheint weit herbeigeholt.

Die standhafte Opposition unter der Führung von Aung San Suu Kyi war „die Stimme der Hoffnung“ für den politisch aufgeschlossenen Teil der Gesellschaft und ihre westlichen Anhänger, aber sie haben das Regime nicht

aufgerüttelt, da es die Beamten im großen und ganzen nicht berührt. Es kann behauptet werden, dass diese „Unberührtheit“ durch die systematische Verfolgung, die charismatische Dissidenten vom Volk isolieren soll, hervorgerufen wird. Es ist daher zwangsläufig, dass die burmesische Opposition wie auch ihre westlichen Anhänger zu bequemem Sündenböcken erklärt wurden, die das Regime für sein Versagen verantwortlich machen kann.

Der festgegrabene und institutionalisierte Konflikt zwischen autonomen ethnischen Gruppen und dem Zentralregime dient dem burmesischen Militär als Rechtfertigung für seine militärische Expansionspolitik. Selbst natürliche oder durch Menschen hervorgerufene Katastrophen größten Ausmaßes wie der Zyklon Nargis oder die Hungersnot in den Chin-Staaten, die in anderen Gesellschaften ein großes Potential für den Wandel in sich bergen, scheinen die Gleichgültigkeit des Regimes dem Leiden der Bevölkerung gegenüber nur verstärkt zu haben.

Machen Sie da keinen Fehler. Die Initiative des Regimes mit der „Road Map to Democracy“ bietet nicht einen Schimmer der Hoffnung. Alle Einrichtungen, die der Autor Robert Dahl als lebensnotwendig für jede Demokratie im weiteren Sinne fordert wie: gewählte Vertreter, freie und faire und häufige Wahlen, Meinungsfreiheit, unterschiedliche Informationsquellen, assoziative Autonomie, umfassende Bürgerrechte werden vergeblich in der Road Map gesucht, außer „gewählte Beamte“, von denen erwartet wird, dass sie durch ein kontrolliertes, regimetreue Parlament gewählt werden. Zusätzlich droht stets ein weiterer Militärputsch unter der derzeitigen Verfassung. Ein weiterer Putsch würde bedeuten, noch weiter hinter 1980, wenn nicht gar 1960 zurückzufallen.

Aber wie auch immer das Regime vorbereitet ist, wird der Ausgang der Wahlen von 2010 und aller darauffolgenden nicht totsicher sein. Insofern

die bevorstehenden Wahlen die Opposition in eine „Zwickmühle“ gedrängt haben, ist sich das Regime durchaus bewusst, dass es mit einem Balancierstab über ein Drahtseil geht, den sie die Verfassung von 2008 nennen. Das Regime muss sich zwischen zwei sich gegenseitig widersprechenden Forderungen bewegen: zum einen der nationalen und internationalen Legitimität und zum anderen der Notwendigkeit, dass die Spitzengeneräle als alleinige Inhaber der Staatsgewalt verbleiben. Dies ist für sie unabdingbar, wollen sie nicht das Schicksal gefallener Diktatoren teilen.

Sollten die Wahlen frei, fair und umfassend sein, so wie es die internationale Staatengemeinschaft will, riskiert das Regime einen größeren Anteil an Macht zu verlieren als erwartet wird und dies im Zusammenhang mit der derzeitigen Verfassung. Sollten die Wahlen nicht frei und fair sein, setzt sich das Regime der andauernden Verurteilung und lokalem Widerstand aus, was die Fortsetzung des Status quo bedeutet.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Generäle in Naypyidaw mit ebenso großen Bedenken der Wahl entgegensähen wie die Opposition selbst. Vielleicht sollte die Opposition die Wahlen von 2010 als eine Gelegenheit zum Wandel ansehen einschließlich der herbeigesehnten Änderung der Verfassung.

Wenn Geschichte als Hinweis dienen kann, dann haben weltweit Wahlen koloniale und autoritäre Systeme eher untergraben als sie fest verankert. Wahlen, selbst wenn sie von repressiven Regimen zum eigenen Nutzen bestimmt und gefördert werden, gehen im allgemeinen nach hinten los, da sie die politische Debatte anregen, das politische Bewusstsein erhöhen und die Menschen dazu veranlassen, sich in die Politik einzumischen.

\*\*\*\*\*

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470

e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>

# free Aung San Suu Kyi

**Für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Burma**